Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 191. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 16. August 1928

Aus dem Nichts.

Wohl nichts anderes bietet ein solch deutliches Bild für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Deutschland wie die Entwicklung, die die deutsche Handelsflotte nach dem Friedensschluß von Versailles genommen hat. Sie erstand wieder aus dem Nichts; denn man muß bedenken, daß jener Vertrag alle deutschen Schiffe der Entente übereignete, die mehr als 1000 Bruttoregistertonnen hatten, und der Norddeutsche Lloyd verfügte damals nach dieser Ablieferung nur noch über einen Seebäderdampfer von ganzen 781 Tonnen als größtes Schiff seines Bestandes. 1914 stand Deutschland mit seinen 5,14 Millionen Registertonnen an zweiter Stelle der Welthandelsflotte; allerdings blieb es noch unendlich weit hinter England zurück, das über 41 Prozent der Welthandelsflotte besaß. Und aus diesen 5,14 Millionen Registertonnen waren 1919 150 000 Tonnen geworden; die deutsche Flagge war so gut wie ganz verschwunden vom Weltmeer.

Man ging an die Arbeit, an eine Wiederaufbauarbeit, bei der das Reich durch billige Kredithergabe an die Reedereien und Werften ausgiebig half. Der Erfolg dieser Wiederaufbauarbeit ist überraschend. Nicht bloß äußerlich stellen die beiden jetzt vom Stapel laufenden Dampfer des Norddeutschen Lloyds mit ihren je 46 000 Registertonnen Schiffe dar, die an Größe gar nicht mehr so weit zurückbleiben hinter den Riesen wie „Imperator", „Bismarck" und „Vaterland", die uns die Entente enteignete, sondern in einem gewaltigen Sprunge von 14 000 Tonnen geht man jetzt über die Ausmaße des bisher größten deutschen Dampfers, des „Columbus", hinaus. Freilich ist für die deutsche Flotte noch längst nicht der Vorkriegsstand erreicht, auch im Verhältnis zur Welthandelsflotte nicht; erst an vierter Stelle steht jetzt der deutsche Schiffsraum und zwischen England und uns haben sich die Vereinigten Staaten und Japan geschoben, die vor dem Kriege so gut wie gar keine Rolle spielten. Die amerikanische Flotte aber hat sich schon zu einem sehr gefährlichen Konkurrenten der englischen herausgebildet, steht ihr nur noch um 8 Prozent nach. England ist — auch eine Folge des Krieges — von seiner stolzen Höhe tief hinabgesunken.

Mußte die deutsche Handelsflotte nun nicht bloß von Grund auf neugebaut werden, es wurden auch diese Schwierigkeiten noch ganz erheblich vergrößert dadurch, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Weltschiffahrt bald völlig änderten. Deutschlands Handelsflotte vor dem Kriege ist groß geworden vor allem durch das Auswanderungsgeschäft. Von den zwei Millionen Passagieren, die im letzten Vorkriegsjahr deutsche Schiffe von Hamburg und Bremen aus zur Fahrt nach Übersee benutzten, sind 1,4 Millionen Auswanderer gewesen. Dem machte nun die Kontingentierung der Einwandererzahl in den Vereinigten Staaten ein jähes Ende. Der breite Auswandererstrom aus Ost- und Südosteuropa, der über Hamburg und namentlich über Bremen ging, versiegte bis auf ein schmales Bächlein. Schleunigste Umstellung war nötig, nicht zuletzt im Schiffbau selbst, da früher die Masse an Zwischendeckspassagieren besondere Unterkünfte auf den Schiffen verlangte. Aus dem Auswanderergeschäft wird das Passagier- und Touristengeschäft und dies ändert den ganzen Charakter der neu zu erbauenden Schiffe. Vieles wird einfacher, alles aber zweckmäßiger, weil allmählich immer mehr die Schiffseinteilung in die drei Kajüten und das Zwischendeck abgeändert wird in eine Zweiteilung. Auch hierin ging der Norddeutsche Lloyd voran, folgte ihm aber die Hapag mit schnellen Schritten.

Schwierigkeiten über Schwierigkeiten also im Passagier- ebenso wie im Gütertransportgeschäft. Der Weltschiffsraum war namentlich durch den Massenbau auf den Werften der Vereinigten Staaten für die stockenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit viel zu groß geworden und Tausende von Schiffen rosteten ungenutzt in den Häfen. Neue Schwierigkeiten auch dadurch — allerdings nicht für die großen, sondern für die mittleren und kleinen Reedereien —, daß die sogenannte Trampschiffahrt immer unrentabler wurde. Die Verhältnisse in der Weltwirtschaft änderten sich; der „Tramp"-Kapitän, der sich von Hafen zu Hafen mühsam die Frachten zusammensuchte, mußte der modernen Entwicklung weichen, die es verstanden hat, Massengüter aufzustapeln, ohne daß sie dem Verderben anheimfallen, und sie zu regelmäßigen Terminen abtransportieren zu lassen. Das kanadische Getreide, das argentinische und australische Fleisch nach Europa zu befördern war kein Saisongeschäft mehr, sondern fiel immer mehr der Linienschiffahrt mit ihren festen Fahrtterminen zu.

Die Konkurrenz mit den anderen seefahrenden Mächten war für Deutschland fast erdrückend — und doch vermochte man in den neun Jahren des Wiederaufbaus die deutsche Handelsflotte wieder auf jetzt 3,74 Millionen Registertonnen hinaufzubringen; und — ihr größter Vorzug — sie besteht in der Hauptsache nur aus modernen und modernsten Schiffen. Auch die Eifersüchteleien zwischen den beiden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften, dem „Lloyd" und der „Hapag", zwischen Bremen und Hamburg, haben endlich aufgehört, weil man einsah, daß es besser wäre, zwar getrennt zu marschieren, aber vereint und nicht aufeinander loszuschlagen. Noch besteht in der Nordatlantik kein Tarifkampf, noch wahren die Großschiffahrtsgesellschaften der einzelnen Länder eine Art von Burgfrieden; aber wenn es einmal zu einem solchen Kampfe kommen wird, dann steht in ihm die deutsche Handelsflotte nicht bloß einig, sondern auch in einer neuen guten Rüstung da. Trotz aller dieser unendlichen Schwierigkeiten äußerer und innerer Art, trotz der furchtbaren Verluste im und nach dem Kriege ist man rührig an die Arbeit gegangen mit dem Auge auf jenen alten Spruch, der über dem Portal des Bremer Schiffahrtsamts steht: „Navigare necesse est, vivere non," „Schiffahrt treiben ist notwendig, aber das Leben ist nicht das wichtigste."

Dr. Stresemanns Pariser Reise

Beilegung des Zweibrückener Zwischenfalles.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hält sich zurzeit in Oberhof zur Nachkur auf. Über seine mehrfach behandelten Reisepläne für die nächste Zukunft ist bisher eigentlich noch nichts Bestimmtes zu erfahren gewesen. Mittlerweile rücken aber die Termine einerseits für die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris und andererseits für die Eröffnung des Völkerbundrates in Genf näher. Die Abreise des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Dr. von Schubert, nach Oberhof legt deshalb die Vermutung nahe, daß nunmehr die Entscheidungen fallen sollen.

Unter der Voraussetzung, Stresemanns Gesundheitszustand sei einwandfrei, wird in einem Teil der politischen Kreise Berlins angenommen, Ende dieser Woche werde der französischen Regierung mitgeteilt werden, daß der Reichsaußenminister persönlich die Unterschrift unter den Kellogg-Pakt für das Deutsche Reich leiste. Wesentlich erleichtert werde der Entschluß zur Pariser Reise dadurch, daß die wochenlang geführten Verhandlungen zwischen dem Berliner und dem Pariser Kabinett über den sogenannten Zweibrückener Zwischenfall zu einer Einigung geführt haben.

Die französische Regierung hat zu verstehen gegeben, daß sie nicht die Auslieferung jener drei Deutschen verlange, die von der französischen Besatzungsbehörde zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil sie die Trikolore von einem Gebäude heruntergeholt und verbrannt haben. Die offizielle Meldung darüber lautet:

Die Besprechungen, die der deutsche Botschafter in Paris zwecks endgültiger Beilegung des Zweibrückener Zwischenfalles während der letzten Tage mit dem französischen Außenministerium gehabt hat, haben zu einer für beide Seiten befriedigenden Beilegung geführt. Auf Grund dieser Einigung wird die ursprünglich ausgesprochene Forderung auf Auslieferung der Beschuldigten keine Rolle mehr spielen.

•

Journal de Debats fordert erneut Aussprache zwischen Briand und Poincare über die Rheinlandfrage.

Paris, 15. August. Das „Journal de Debats", das bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen hatte, wie notwendig es sei, daß Briand vor seiner Zusammenkunft mit Stresemann, sei es in Paris oder in Genf, sich mit Poincare über die gegenüber Deutschand zu befolgenden Richtlinien einige, kommt am Mittwoch erneut darauf zurück und stellt fest, daß der nächste Ministerrat in Paris erst für Anfang September festgesetzt sei. Auch glaubt das Blatt zu wissen, daß Briand und Poincare sich noch nicht ausgesprochen hätten. Unter diesen Umständen sei nicht zu erwarten, daß die französische Regierung eine wohlüberlegte und den Verhältnissen angepaßte Außenpolitik betreibe. Die Genfer Verhandlungen könnten von größter Bedeutung sein. Stresemann werde von der Rheinlandräumung sprechen, wenn nicht mit den Franzosen, so doch mit anderen Staatsmännern. Antworte man ihm mit verlegenen Schweigen, so werde er fortfahren, auf die europäische Oeffentlichkeit in seinem Sinne einzuwirken und den günstigsten Augenblick für sich abwarten. Unterdessen werde die Rheinlandräumung von Monat zu Monat an Bedeutung verlieren. Deshalb wäre es falsch, eine solche Politik zu betreiben, denn die Zeit arbeite nicht für Frankreich. Untätigkeit könne nur als ein Zeichen von Schwäche gedeutet werden. Allem Anschein nach rechne die Reichsregierung fest damit, daß Frankreich, müde geworden, nachgeben werde. Die französische Regierung müsse sich mit den anderen Mächten darüber verständigen, unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Preis eine vorzeitige Rheinlandräumung annehmbar sei. Auch die Anschlußfrage müsse dabei zur Sprache gebracht werden.

Australien verzichtet auf Beschlagnahme deutschen Eigentums.

London, 15. August. Der Oberkommissar für Australien in London, Sir Granville Ryrie, ist durch ein Kabeltelegramm des Premierministers Bruce verständigt worden, die Regierung von Australien beabsichtige nicht, von dem sich aus dem Vertrag von Versailles ergebenden Recht Gebrauch zu machen, das Eigentum deutscher Staatsangehöriger in Australien mit Beschlag zu belegen, wenn Deutschland bei der Erfüllung der sich aus diesem Vertrag herleitenden Verpflichtungen durch vorsätzliches Verhalten in Verzug geraten sollte. Diese Zusage bezieht sich auf alle Formen privaten Eigentums, das deutsche Staatsangehörige in Australien besitzen oder das sich unter australischer Kontrolle befinde.

Die englisch-französischen Rheinlandmanöver.

Politische Vorverhandlungen.

Englische Blätter sind jetzt in der Lage, mitzuteilen, und zwar auf Grund von Äußerungen amtlicher französischer Stelle, daß die Anregung zu den aufsehenerregenden gemeinsamen Manövern der englischen und der französischen Kavallerie im besetzten Gebiete ausgegangen ist von dem französischen Oberkommandeur General Guilleaumat in Mainz; er hat sich an das Pariser Kriegsministerium mit der Anfrage gewandt, ob dort gegen die Einladung des englischen Regiments Bedenken bestünden.

Ursprünglich scheinen diese Bedenken vorhanden gewesen zu sein, denn das Kriegsministerium leitete die Anfrage an das Außenministerium weiter und dieses wieder fragte bei der englischen Regierung, und zwar beim dortigen Außenministerium an. Von dort erfolgte eine freudige Bejahung, was nicht gerade sehr verwunderlich ist, da dem jetzigen Vertreter Lord Chamberlains, Lord Cushendun, noch niemals auch nur die geringste Deutschfreundlichkeit nachgesagt worden ist.

Es ist also selbstverständlich, daß diese englisch-französischen Manöver, die man nun zu einfachen „Übungen" machen will, keineswegs nur einen rein militärischen und waffenbrüderschaftlichen Charakter haben, wie es ein lahmes Dementi der englischen Regierung darzustellen versuchte. Sie haben vielmehr, wie die Verhandlungen zwischen den beiden Außenministerien ergeben, einen eminent politischen Hintergrund, und man wird es infolgedessen der deutschen Öffentlichkeit nicht verwehren können, diese englisch-französischen Kavallerie-„Übungen" im besetzten Gebiet auch politisch zu bewerten.

Hindenburg an Hainisch.

Glückwünsche der Reichsregierung.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den österreichischen Bundespräsidenten Hainisch zu der Vollendung des 70. Lebensjahres folgendes Glückwunschtelegramm gesandt: „Der heutige Festtag gibt mir Gelegenheit, Ihnen, verehrter Herr Bundespräsident, in treuem Gedenken meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. Mit dem deutschen Volke hoffe ich von ganzem Herzen, daß Ihnen das gütige Schicksal es erlauben möge, noch viele Jahre Ihres Lebens der unermüdlichen und aufopfernden Arbeit zum Segen des österreichischen Brudervolkes zu widmen."

Die Reichsregierung hat durch den deutschen Gesandten in Wien dem Präsidenten Dr. Hainisch ihre Glückwünsche aussprechen lassen.

Bundespräsident Hainisch hat den Wunsch geäußert, daß keine offizielle Feier stattfindet. Er verbrachte den Tag mit seiner 90jährigen Mutter, seiner Gattin und seinen Söhnen auf seinem Gute Eichberg im Semmeringgebiet. Der Bundeskanzler Dr. Seipel hatte sich dorthin begeben, um dem Bundespräsidenten die Glückwünsche der Bundesregierung zu überbringen.

Englisch-französische Note an Bulgarien.

Einschreiten gegen mazedonische Unruhestifter verlangt.

In Sofia überreichten die Gesandten Englands und Frankreichs der bulgarischen Regierung eine Note, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, energische Maßnahmen gegen die mazedonischen Revolutionäre zu ergreifen, die durch ihre Tätigkeit den Frieden der benachbarten Nationen bedrohten. Die Vorstellungen des englischen Gesandten Sperling waren in sehr energischem Ton gehalten, während der französische Gesandte sich etwas gemäßigter verhielt. Das Vorgehen soll auf englische Anregung zurückzuführen sein.

Bei Nichterfüllung des Verlangens wurden Sanktionen finanzieller Natur angedroht, und zwar erinnerte der englische Gesandte an den Einfluß Chamberlains auf die Maßnahmen zugunsten der bulgarischen Anleihe. Er deutete an, daß im Notfalle England die Anleihe verhindern werde. Auch der französische Gesandte erinnerte an das Wohlwollen Frankreichs in der Anleihefrage, wofür Frankreich ein Entgegenkommen Bulgariens